

**Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit:
Positive Jahresbilanz gezogen**

Gegen Rechts: In Kommunen Überzeugungsarbeit leisten

Bergstrasse. Von den insgesamt 22 Bergsträßer Kommunen haben bislang 16 eine Resolution gegen Rechtsextremismus verabschiedet. Zuletzt hatte sich im Dezember die Gemeindevertretung Einhausen für Toleranz und ein respektvolles Miteinander verschiedener Kulturen und Nationalitäten ausgesprochen.

"Am Ende wollen wir sämtliche Städte und Gemeinden überzeugen", formuliert Margarete J. Bauer eines der nächsten Ziele der Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Kreis Bergstraße. Beim Pressetermin in Heppenheim sagte Bauer, dass die Initiative in den restlichen Gemeinden keinen offenen Widerstand, aber durchaus eine gewisse Skepsis gegenüber einer gemeinsamen und parteipolitisch übergreifenden Erklärung erfahre.

Ein demokratischer Schulterschluss auf kommunaler Ebene sei aber nicht an konkrete Vorfälle oder markante rechte Tendenzen gebunden. Vielmehr komme es darauf an, ein deutliches Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit zu setzen, so die Sprecherin der Gruppe gestern im Haus der Kirche. "Die Resolution spiegelt vor allem die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema".

Nach Zwingenberg und Bensheim haben sich seit 2006 zahlreiche weitere Gemeinden mit einem kommunalen Beschluss gegen Rechts positioniert. Als Motor und Motivator der Idee will die Initiative auch weiterhin Überzeugungsarbeit leisten. Vor allem dort, wo die Resolution in den Rathäusern und Stadtparlamenten stecken geblieben scheint, wie Sprecher Klaus Tandler erklärt: "Wir wollen das Thema über die Bürgermeister und Gemeindevorstände transportieren und nicht über die lokalen Parteien".

In Lorsch und Biblis, Groß-Rohrheim und Birkenau konnte man sich noch nicht zu einem gemeinsamen Signal gegen Rechtsextremismus durchboxen. In Lindenfels sei eine positive Entscheidung in greifbare Nähe gerückt, während Neckarsteinach über ein gemeinsames Manifest im Verbund mit den baden-württembergischen Nachbargemeinden nachdenke, so Tandler im Gespräch mit unserer Zeitung.

Unter dem Dach der Initiative sind derzeit drei Arbeitsgruppen aktiv: Konkrete Integration und interkulturelles Leben stehen im Zentrum der AG "Schulprojekte", in der die ehrenamtliche Förderung sozialer Kompetenzen und die Schaffung besserer Bildungschancen besonders für Migrantenfamilien im Mittelpunkt der Arbeit stehen.

Beim interkulturellen Lernen werden die Beziehungen zwischen ausländischen und deutschen Bürgern thematisiert und weiter entwickelt. In jährlichen Workshops und kulturellen Begegnungen wird der Dialog über eine Kultur der gegenseitigen Anerkennung und ein positives Miteinander gepflegt, erklärt Margarete J. Bauer.

Besonders wichtig ist eine breite Öffentlichkeitsarbeit, um eine zeitgemäße Aufklärung über die vielen Facetten eines neuen Rechtsextremismus zu gewährleisten: Wer sind die betreffenden Gruppen, welche Ziele verfolgen sie und wie ist ihre innere Struktur?

Neben eigenen Veranstaltungen ist die Initiative regelmäßig vor Ort bei anderen Gruppen (Kirchen, Schulen, Gewerkschaften und Politik) präsent, um möglichst viele gesellschaftliche Bereiche für das Thema aufmerksam zu machen. "Die Bergstraße ist eine Region mit vielen rechten Aktivitäten", so Margarete J. Bauer, die allein im Jahr 2007 "zwei DIN A 4 Seiten" mit einschlägigen Veranstaltungen notiert hat.

Auch und gerade nach der Auflösung von Gruppen wie "Nibelungensturm" und "Kameradschaft Bergstraße" müsse nun das Augenmerk verstärkt auf jene Parteien gerichtet werden, die aus den jungen Rechten einen Großteil ihres Potenzials beziehen.

Nach wie vor tritt das rechte "Aktionsbündnis Rhein-Neckar" als Veranstalter zahlreicher Mahnwachen und "Kameradschaftsabende" auf. Im Kreisgebiet spielen sich viele rechtsextreme Aktionen unterhalb der Parteebene ab, wie Klaus Tandler erklärt. Gerade diese Szene müsse mit aller Vorsicht verfolgt werden. Auch wenn die Initiative bei ihren Veranstaltungen regelmäßig von rechts außen gestört wird, wie es im vergangenen Jahr unter anderem in Mörlenbach und Viernheim geschehen ist, wie Sprecher Michael Dörr unterstreicht.

Erklärtes Ziel im laufenden Jahr ist eine verstärkte Kooperation mit den Städten und Gemeinden. Als Mitglied im hessischen Beratungsnetzwerk will die Initiative ihre Rolle als Scharnier zwischen Land und sämtlichen Kreis-Kommunen ausbauen. Margarete J. Bauer betont: "Wir sind ausdrücklich eine Bergsträßer Initiative". Tr

04.01.2008 Starkenburger Echo

Guten Namen in der Region gemacht

Bilanz: Initiative gegen Rechtsextremismus blickt auf arbeitsreiches Jahr zurück

KREIS BERGSTRASSE. „Wir wollen zeigen, dass wir die Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Kreis Bergstraße sind und nicht nur Bensheim und Heppenheim als Zentren im Blick haben“, betonte Margarete Bauer, Sprecherin der Initiative bei der Jahresbilanz am Donnerstag. Die Initiative blickt nach einem ereignisreichen Jahr mit zahlreichen Infoständen, Seminaren, Festen und Diskussionsforen positiv in die Zukunft.

„Die Leute schätzen unsere Arbeit, die Initiative hat sich durch ihre Arbeit einen guten Namen in der Region gemacht“, sagte Bauer. Schwerpunkte der Arbeit gegen Rechts und für mehr Demokratieverständnis waren Schulen, die 22 Städte und Gemeinden sowie aktuelle Brennpunkte. Zu den aktuellen Anlässen, die ein Eingreifen erforderten, gehörte die rechte Kundgebung im Februar in Heppenheim sowie die Bürgermeisterwahl in Bürstadt, bei der ein Kandidat mit populistischen Parolen auf Stimmenfang gegangen sei.

Abgesehen von punktuellen Aktionen, die von Informationen in einzelnen Schulklassen bis zu Vorträgen in Hallen mit mehr als hundert Zuhörern reichten, setzt die Initiative auf breite Präsenz in den Kommunen. Alle 22 Städte und Gemeinden seien mit dem Wunsch kontaktiert worden, eine Resolution gegen Rechts zu verabschieden. „16 von 22 Resolutionen gibt es bis dato, nur Groß-Rohrheim, Biblis, Lorsch, Birkenau, Lindenfels und Neckarsteinach fehlen“, sagt Klaus Tandler von der Initiative.

Dass diese Kommunen bislang außen vor geblieben sind, hat unterschiedliche Gründe. Einige arbeiten länderübergreifend mit anderen Kommunen zusammen, andere sähen sich vom Problem Rechtsextremismus nicht betroffen oder verweisen auf bestehende kommunale Beschlüsse. Die Initiative will allerdings 2008 erneut versuchen, alle mit in das Boot einer Resolution zu holen, die individuell von den Parlamenten ausgestaltet werden kann. „Das werden wir in diesem Jahr angehen“, betont Tandler.

Während die Initiative im vergangenen Jahr ein Multiplikatorenseminar zum Thema „Wie Integration gelingen kann“ im Haus am Maiberg angeboten hat, lädt sie in diesem Jahr am 14./15. März mit kommunalen Partnern zum „Argumentationstraining gegen Stammtischparolen“. Klaus-Peter Hufer, der über das Thema publiziert hat, soll die Multiplikatoren im Kreis fit für den Umgang mit Vorurteilen machen. Mehr als 20 Anmeldungen dafür lagen den Veranstaltern bereits Ende Dezember vor.

Genau beobachtet die Initiative die Entwicklung der rechten Szene im Kreis. Mehr als 25 Aktionen haben nach Angabe von Margarete Bauer Rechte im vergangenen Jahr organisiert. Dies war maßgeblich gesteuert von deren Aktionsbüro Rhein-Neckar. Öffentliche Aufmärsche wie zum Jahresbeginn 2007 gehörten ebenso zum Spektrum wie „private Veranstaltungen“, zum Beispiel das rechte Rockkonzert am 29. Dezember in Viernheim, das aufgelöst wurde. „Strategie der Rechten scheint es zu sein, nie die eigenen Leute zu regionalen Veranstaltungen zu schicken, sondern fremde, um zu verschleiern“, vermutet Tandler. Der NPD-Kreisverband mit Postfach in Mörlenbach sei bislang „kaum in Erscheinung getreten“.

In der Tat stammten sowohl beim Rockkonzert in Viernheim als auch bei der Störung eines Vortrags der Initiative in Mörlenbach viele Rechte aus anderen Bundesländern. „Braune Nester, von denen wir oder die Politiker vor Ort nichts wissen, gibt es aber überall“, warnt Bauer. Daher sei es nicht nur wichtig, Sensibilität zu fördern, sondern auch den aktiven Einsatz für die demokratischen Werte zu fordern und Menschen dazu aufzurufen, von ihren Rechten als Bürger Gebrauch zu machen. „Wer gar nicht wählen geht, nutzt den kleinen rechten Parteien“, sagt Michael Dörr von der Initiative.

Für 2008 plant die Initiative eine Großveranstaltung mit Jugendlichen in Lorsch. Im Theater Sapperlot sollen Interviews vorgestellt werden, bei denen sich Jugendliche gegenseitig zum Thema „Demokratie“ befragt haben. „Damit wollen wir Lorsch daran erinnern, die Idee der Resolution wieder aufzugreifen“, hofft Bauer. Genau wird das Programm für 2008 allerdings erst bei einer Klausurtagung der Initiative im Februar festgelegt werden. lev

Initiative gegen Rechtsextremismus **Problem muss breit angegangen werden**

KREIS BERGSTRASSE. Gegründet wurde die Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Kreis im Jahr 2000 auf Initiative des damaligen Bergsträßer Landrats Norbert Hofmann (SPD). Die Initiative, die kein Verein ist und daher auf die Unterstützung zahlreicher Aktiver angewiesen ist, will Verantwortung für eine konstruktive Gestaltung des interkulturellen Lebens tragen. Dafür engagiert sich ein Kern von 30 bis 40 Personen, die häufig auch beruflich mit der Thematik befasst sind.

Groß ist die Resonanz erfahrungsgemäß besonders dort, wo es aktuelle Anlässe gibt, sich mit rechten Parteien oder rechter Ideologie auseinander zu setzen. In vielen Kommunen, die von der Initiative angesprochen oder angeschrieben werden, schlägt den Ehrenamtlichen jedoch auch Unkenntnis oder leichtfertiges Abwiegen entgegen. Rechtsextremismus sei aber ein Problem in der Breite, nicht an einzelnen, schnell zu bekämpfenden Brennpunkten.

Regelmäßige Treffen sorgen für Absprache. Über einen regionalen Newsletter, der in dreistelliger Auflage versendet wird, erfährt ein erweiterter Kreis Neuigkeiten. Seit 2007 ist die Initiative im Internet unter www.fremdenfreundlich.de vertreten. lev

04.01.2008 Odenwälder Zeitung

Zusammenarbeit mit Kommunen von Bedeutung

Kreis Bergstrasse. Mittlerweile ist die Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Kreis Bergstraße keine unbekannte Größe mehr. Dank zahlreicher Veranstaltungen und Aktionen hat sie inzwischen einen beachtlichen Bekanntheitsgrad erreicht. Die Arbeit der Initiative ist offenkundig aber auch notwendig.

"Es passiert einiges in unserer Umgebung. Allein im vergangenen Jahr gab es 25 Anlässe", nahm Margarete Bauer, Sprecherin der Initiative, Bezug auf Vorkommnisse mit rechtsextremem Hintergrund im Kreisgebiet. Aus diesem Grund sei es notwendig, die Menschen über die Tätigkeiten der Neonazis in der Region aufzuklären.

Dem hat sich insbesondere die Arbeitsgruppe "Information und Öffentlichkeitsarbeit" angenommen. Unter anderem wurden Infoveranstaltungen im gesamten Kreisgebiet angeboten, eine davon in Mörlenbach im Bürgerhaus. Neonazis versuchten diese damals zu stören, doch dank des konsequenten Gebrauchs des Hausrechts seitens der Kommune und dem Einsatz von Polizeibeamten konnte das Vorhaben der unliebsamen Besucher verhindert werden.

Außerdem pflegt die Arbeitsgruppe den regen Kontakt zu den Kommunen im Kreis Bergstraße. So wurde etwa bewirkt, dass die politischen Vertreter der Kommunen in 16 der 22 Städten und Gemeinden im Kreisgebiet in einer Resolution eindeutig Stellung bezogen haben. Darunter befinden sich inzwischen auch alle Odenwaldgemeinden mit Ausnahme der Kommunen Birkenau, Lindenfels und Neckarsteinach.

"Wir werden auch weiterhin mit den Kommunen in regem Kontakt bleiben und mit ihnen aktiv im Kampf gegen den Rechtsextremismus zusammenarbeiten", so Initiative-Mitglied Klaus Tandler. Darüber hinaus kümmert sich die Arbeitsgruppe um die Versendung eines regionalen und überregionalen Newsletters. "Wir haben auch immer wieder Infoveranstaltungen für kleinere Gruppierungen", fügte Margarete Bauer an. "Uns ist es wichtig, auch das Demokratieverständnis zu fördern und zu zeigen, wie bedeutungsvoll es ist, vom Wahlrecht Gebrauch zu machen."

Schwerpunkte der Aufklärungsarbeit lagen im vergangenen Jahr zum einen in Viernheim, das als einer der Brennpunkte rechtsextremistischer Aktionen im Rhein-Neckar-Gebiet gelten dürfe, zum anderen in Bürstadt. Dort sei bei der Bürgermeisterwahl ein rechter Kandidat mit populistischen Parolen auf Stimmenfang gegangen. Mit Erfolg, denn er erhielt am Ende 20 Prozent.

Die Arbeitsgruppe "Projekte an Schulen" bietet beispielsweise durch ehrenamtliches Engagement Sprach- und Orientierungsklassen an, die auf freiwilliger Basis überwiegend von Schülern mit Migrationshintergrund besucht werden. Mit Demokratieseminaren soll ein Beitrag zur Stärkung der Zivilgesellschaft geleistet werden. In interkulturellen Projekten wird auf eine Zusammenführung von Jugendlichen aus vielen Ländern abgezielt, die gemeinsam an einem Projekt arbeiten. Die Arbeitsgruppe "Interkulturelles Lernen" veranstaltet zum einen alle zwei Monate eine so genannte "Begegnung der Kulturen". Zum anderen finden jährliche Workshops statt. In diesem Jahr wird beispielsweise Klaus-Peter Hufer, Autor des Buchs "Argumentationstraining gegen Stammtischparolen", am 15. März in Heppenheim gastieren und die Teilnehmer gegen platte Sprüche wappnen.

Darüber hinaus werden in stetiger Regelmäßigkeit größere Veranstaltungen wie interkulturelle Feste oder auch Kundgebungen durchgeführt. Initiative-Sprecher Michael Dörr informierte über eine Kundgebung am 12. Januar auf dem Beauer Platz in Bensheim anlässlich der bevorstehenden Landtagswahl. "Es soll dabei vor allem deutlich werden, dass mit dem Nichtwählen in aller Regel nur die Gruppierung stark gemacht wird, die man am allerwenigsten haben möchte", sagte Dörr. Durchgeführt wird die Kundgebung mit Unterstützung zahlreicher weiterer Gruppierungen. gie